

Statement Helena Steinhaus, Gründerin von Sanktionsfrei e.V.

Im Grundgesetz ist geregelt, dass ein menschenwürdiges Existenzminimum gewährleistet sein muss. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil im November 2019 streng gemahnt, dass jede Kürzung der Grundsicherung geeignet, erforderlich und zumutbar sein muss. Seit diesem Urteil darf Hartz IV noch um maximal 30 Prozent gekürzt werden. Der Gesetzgeber wurde zu einer Neuregelung aufgefordert. Klargestellt wurde vom Bundesverfassungsgericht: Sanktionen dürfen nicht allein auf Annahmen basieren, sondern müssen wissenschaftlich belegt sein.

Einen entsprechenden wissenschaftlichen Beleg für die positiven Wirkungen von Sanktionen hat seit der Einführung von Hartz IV keiner erbracht. Trotzdem will die Regierung auch beim neuen Bürgergeld an Sanktionen festhalten. Auch künftig soll es unter bestimmten Voraussetzungen möglich sein, existenzsichernde Leistungen unter das Minimum zu kürzen.

Mit der vorliegenden Hartz Plus-Studie haben wir genau hingeschaut und gefragt: Wie wirken Hartz IV-Sanktionen? Und wie wirkt Sanktionsfreiheit? Braucht es Sanktionen, damit die Menschen sich tatsächlich um Arbeit bemühen?

Die Studie ging über drei Jahre und wurde im Auftrag des Vereins Sanktionsfrei vom Institut für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung Berlin, durchgeführt.

Das Interesse, an der Studie teilzunehmen, war enorm. Von über 4.500 Bewerber*innen wurden knapp 600 Teilnehmende zufällig ausgewählt und in zwei Gruppen aufgeteilt: Eine Gruppe, die Interventionsgruppe, bekam quasi eine Versicherung gegen Sanktionen; der Verein Sanktionsfrei hat bei den Proband*innen alle finanziellen Kürzungen bedingungslos ersetzt.

Die Ergebnisse belegen deutlich: Sanktionen haben zwar eine Wirkung, aber nicht die beabsichtigte bzw. behauptete Wirkung, Menschen besser in Arbeit zu bringen. Im Gegenteil: Die stärkste Wirkung, die von Sanktionen ausgeht, ist Einschüchterung und Stigmatisierung. Die Menschen fühlen sich kontrolliert und bestraft. Bereits die Androhung von Sanktionen verstärkt bei den Betroffenen das Gefühl von Ausweglosigkeit und Isolation und kann sogar Krankheiten verursachen und verstärken.

Den Kontakt zu ihrem Jobcenter erleben die befragten Personen dabei häufiger einschränkend als unterstützend. Sie fühlen sich der Behörde in hohem Maße ausgeliefert. Die finanziellen Kürzungen selbst haben dagegen keinen besonderen Effekt auf die Motivation oder Kooperationsbereitschaft der Betroffenen. Die ganz große Mehrheit der Befragten – 78 Prozent der Kontrollgruppe und 83 Prozent der Interventionsgruppe – sprechen sich deutlich für eine Abschaffung der Sanktionen aus.

Unsere HartzPlus-Studie zeigt:

Sanktionen sind kein geeignetes Mittel, um langfristig positiv auf das Arbeitsverhalten von Hartz IV Beziehenden hinzuwirken. Sanktionen sind weder zielführend noch wirksam. Das „System Hartz IV“, so die Autorinnen der Studie, beeinträchtigt die psychosoziale Situation negativ, ganz unabhängig von Sanktionen und ihrem Ausgleich.

Aus unserer praktischen Arbeit bei Sanktionsfrei wissen wir, dass Sanktionen häufig auch diejenigen treffen, die gar keine Erwerbsarbeit aufnehmen können: Menschen, die Care-Arbeit leisten, sich um Angehörige kümmern müssen, psychisch oder physisch Kranke. Menschen, die für den ersten Arbeitsmarkt trotz aller Bemühungen nicht attraktiv sind. Jugendliche und Kinder, die für ihre Eltern mit in Haftung genommen werden. 1,75 Millionen Kinder & Jugendliche leben mit ihren Eltern in Bedarfsgemeinschaften und können indirekt sanktioniert werden.

In den nächsten Wochen stimmt der Bundestag über die „größte Sozialstaatsreform seit der Agenda 2010“ ab: Die Koalition muss bei der Einführung des Bürgergeldes Sanktionen endlich abschaffen. Ansonsten führt das Bürgergeld die Kultur des Misstrauens, der Einschüchterung und Stigmatisierung fort, die Hartz IV in den letzten 17 Jahren kultiviert hat. Wenn das Bürgergeld aber Menschen in schwierigen Lebenslagen wirklich angemessen unterstützen soll, dann müssen die Sanktionen weg und der Regelsatz um mindestens 200 € erhöht werden! Sonst ist es kein Bürgergeld, sondern Bürger-Hartz.